

B7 BERNER ZEITUNG

BZBERNERZEITUNG.CH

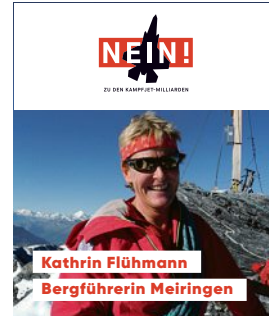
Eine Pionierin der Bildreportage

Fotografie Sie war Reporterin, Antifaschistin, lesbisch und reiste quer durch die Welt. Das Zentrum Paul Klee zeigt nun die Fotografien von Annemarie Schwarzenbach. **Seite 23**

Zu wenige Schnelltests für breiten Einsatz

Coronavirus Roche bringt noch diesen Monat Tests auf den Markt, die eine Infektion in rund 15 Minuten nachweisen können, aber noch nicht in grossen Mengen. **Seite 25**

ANZEIGE



«Ich kann mich bereits heute wegen des Lärms und des Gestanks nicht mehr frei bewegen und lehne deshalb die geplante Beschaffung ab.»

IGF Alpenregion
Postfach 819, 3855 Brienz

AZ Bern, Nr. 218 | Preis: CHF 4.60 (inkl. 2,5% MwSt.)

AUSGABE STADT + REGION BERN

Heute 14°/25°
Ausserhalb und nach Auflösung des Hochnebels meist sonnig.

Morgen 13°/24°
Trotz vermehrt aufziehenden Wolkenfeldern teilweise bis recht sonnig.

Seite 29

Heute

Indische Bauern klagen gegen Syngenta

Pestizid Zwei Witwen indischer Landarbeiter klagen gegen den Agrarchemieriesen Syngenta in Basel. Sie machen den Konzern für den Tod ihrer Ehemänner nach dem Versprühen eines Insektengiftes auf den Baumwollfeldern verantwortlich. Syngenta stellt das in Abrede. **Seite 22**

YB und der fehlende Leader

Fussball Bei der 0:3-Niederlage gegen Midtjylland zeigte sich, dass bei YB noch nicht klar ist, wer nach den Abgängen von Hoarau und Wölfli eine Leaderrolle auf und neben dem Feld übernehmen kann. Morgen beginnt die Saison mit dem Heimspiel gegen den FCZ. **Seite 17**

Was Sie wo finden

Unterhaltung	20
Forum	27
Agenda	28
Kinos	29
TV/Radio	30/31

Anzeigen

Immobilienmarkt	24
Todesanzeigen	26

Wie Sie uns erreichen

Zentrale Bern	031 330 31 11
Abo-Service	0844 844 466 (Lokaltarif)
Redaktion	
Bern	031 330 33 33
Redaktion E-Mail	redaktion@bernerzeitung.ch
Anzeigen	031 330 33 10

BZ BERNER ZEITUNG



9 771422 987002

Neuhaus droht bei weiteren Verstössen mit Baustopp

Blausee Baudirektor Christoph Neuhaus (SVP) kündigt nach dem Umweltskandal im Kandertal stärkere Kontrollen an. Die Grünen fordern derweil eine PUK.

Marius Aschwanden, Catherine Boss und Julian Witschi

Nachdem die Affäre um tote Fische beim Blausee und giftige Abfälle in einer nahen Kiesgrube am Mittwoch publik geworden ist, reagiert Baudirektor Christoph Neuhaus (SVP) auf den Umweltskandal. Seinem Amt fehlten zwar die Ressourcen, um jede Baustelle genau zu kontrol-

lieren. Doch der Fall zeige, dass Bund und Kanton auf Grossbaustellen vermehrt Stichproben machen müssten. «Wir müssen rigide kontrollieren, wenn sich jemand nicht an die Bewilligung hält», sagt Neuhaus. Er richtet auch eine Drohung an die Adresse des Bahnunternehmens BLS als Bauherrin und die involvierten Firmen Marti und Vigier. Sie hatten den mit Giften kontami-

nierten Aushub aus dem Lötschberg einfach in eine lokale Kiesgrube gebracht und dort teils deponiert. «Bei weiteren Verstössen müssen wir zusammen mit dem BAV Schritte einleiten. Das könnte dazu führen, dass diese Baustelle stillgelegt wird.»

In der Politik schlug der Umweltskandal hohe Wellen. Von verschiedenen Seiten wird eine lückenlose Aufklärung gefordert.

Die Grünen Kanton Bern verlangen, dass der Grosse Rat eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einsetzt. Dies ist das weitreichendste Mittel, das dem Kantonsparlament spezielle Rechte gibt. So kann die PUK Personen befragen und die Herausgabe sämtlicher Akten des Regierungsrates oder der kantonalen Verwaltung verlangen. **Seite 2+3**

Aufstand der Freizeitgesellschaft



Jagdgesetz Stand-up-Paddler und Biker wehren sich dagegen, der Natur zu ihren Ungunsten mehr Schutz einzuräumen. Unter ihnen ist die 17-jährige Thuner SUP-Race-Schweizer-Meisterin Anna Tschirky (Mitte), die künftig im unteren Thunerseebecken nicht mehr trainieren könnte. (cd) **Seite 5** Foto: Foto: Manuel Zingg

Licht aus am Bundesplatz?

Stadt Bern Das Lichtspektakel «Rendez-vous Bundesplatz» findet in diesem Jahr trotz Corona statt. Doch die Durchführung im nächsten Jahr ist hochgradig gefährdet. Der rot-grün dominierte Stadtrat hat gestern Abend entschieden, den für das nächste Jahr vorgesehenen Beitrag von 180'000 Franken zu streichen. Die Argumente von Gemeinderat Reto Nause (CVP), dass das Spektakel im Oktober und November jeweils in der Innenstadt für volle Restaurants Sorge, blieben weitgehend ungehört. Der Sicherheitsdirektor war über den Entscheid stark verärgert: «SP und Grüne versetzen dem Eventstandort Bern einen Dolchstoss», schrieb er auf Twitter. Der Stadtrat kürzte zudem den Beitrag der Stadt an den Tierpark um 300'000 Franken.

Ausgabefreudig war er dagegen bei der Sozialdirektion von Franziska Teuscher (Grüne). Er stimmte vielen Anträgen zu, die eine Budgeterhöhung verlangten. Der Stadtrat legt somit dem Stimmvolk ein Budget vor, das ein Defizit von 40,9 Millionen vorsieht. Der Gemeinderat hatte ein Minus von 37,3 Millionen beantragt. (sny) **Seite 7**

Das Vorpreschen der Berner Mitte sorgt für Ärger

BDP/CVP Zwei wichtige BDP- und CVP-Kantone sagen deutlich Ja zu einer neuen Partei in der Mitte: Nebst Bern, wo die BDP-Parteilung einen Grundsatzentscheid für die Fusion von BDP und CVP fällte, kommt auch von der CVP Luzern ein klares Bekenntnis zum Zusammenschluss. Das deutliche Ja sorgt für Ärger in anderen Kantonen, etwa im Wallis. Dort zeigt sich CVP-Ständerat Beat Rieder erstaunt über das Vorpreschen der Berner und Luzerner Parteispitzen. Das vereinbarte Abstimmungsprozedere werde so unterlaufen. Ähnlich tönt es beim Bündner CVP-Ständerat Stefan Engler. Er kämpft zudem gegen eine Namensänderung. (wrs) **Seite 12**

ANZEIGE

Christa Markwalder
Nationalrätin FDP

Andrea de Meuron
Finanzvorsteherin Thun, Grüne

Michael Aebersold
Finanzdirektor Stadt Bern, SP

370 Millionen aus dem Fenster werfen? Nein zur Mogelpackung Kinderabzüge!

WWW.KINDERABZUG-BSCHISS.CH
WWW.LIBERALES-KOMITEE.CH

NEIN
am 27. September

Neuhaus will Grossbaustellen unter die

Umweltskandal am Lötschberg SVP-Baudirektor Christoph Neuhaus gesteht bei der Sanierung des Lötschbergtunnels Fehler ein. Und er kündigt mehr Stichproben auf Grossbaustellen an.

Marius Aschwanden und Julian Witschi

Christoph Neuhaus, teilweise mit Giftstoffen belasteter Altschotter aus dem Lötschbergtunnel wurde in einer ungeschützten Kiesgrube illegal deponiert, und keiner von Ihren Leuten merkte etwas. Wie kann das sein?

Wir haben etwa 130 Materialabbaustellen im Kanton, jährlich werden rund 4 Millionen Kubikmeter Kiesmaterial umgeschlagen. Vor diesem Hintergrund können wir nicht alles wissen.

«Es gibt verschiedene Ansprüche an das Gebiet. Das erhöht den Druck.»

Schliesslich leben wir nicht in einem Polizeistaat. Zum Vorwurf des «mit Giftstoffen belasteten Altschotters» kann ich mich nicht äussern, das ist Gegenstand eines laufenden Verfahrens der Staatsanwaltschaft.

Also bleiben wir bei den Behörden. Wir sprechen hier nicht von einem beliebigen Stallumbau. Die Sanierung des alten Lötschbergtunnels ist eine der grössten Baustellen im Kanton. Es ist eine Baustelle des Bundes. Aber zur Aufsicht kann ich Folgendes sagen: Wenn schon nur in jeder Kiesgrube einer meiner Mitarbeiter vor Ort kontrollieren würde, dann wäre niemand mehr hier im Büro. Um überall einen Kontrolleur zu haben, dafür haben wir schlicht zu wenig Ressourcen.

In Mitholz wurde mutmasslich sogar das Grundwasser verschmutzt – auch weil die Kantonsbehörden Fehler gemacht haben. Was ziehen Sie für Konsequenzen? Staatsanwaltschaft und Polizei machen zurzeit ihre Arbeit. Den laufenden Untersuchungen will ich nicht vorgreifen, weder spekulieren noch vorverurteilen.

Der Kanton und der Bund haben aber erlaubt, dass das Material auf den Steinbruch gebracht wird, obschon das gemäss der gültigen Überbauungsordnung gar nicht zulässig ist.

Ja, diesen Vorwurf müssen wir uns gefallen lassen. Dem Ort für den Umschlag des Materials haben wir zu wenig Beachtung geschenkt. Wir sind aber davon ausgegangen, dass der Gleisaushub von der Bahn direkt auf Lastwagen auf befestigtem Untergrund umgeladen und dann nach Wimmis transportiert wird. Für die Bearbeitung des Schotters in der Kiesgrube haben wir keine Bewilligung erteilt. Die Nutzung des Lagerplatzes ist zudem nicht offenkundig baurechtswidrig.



Bau- und Verkehrsdirektor Christoph Neuhaus (SVP). Foto: Raphael Moser

Wie kann es passieren, dass Ihre Mitarbeiter bei einem Megaprojekt eine Zwischenlagerung «übersehen», wie es in einer Aktennotiz steht?

Das Bundesamt für Verkehr ist die verantwortliche Stelle für den Vollzug und die Kontrolle der Baustelle beziehungsweise die Bauherrin. Aber wie gesagt, es gibt keine flächendeckende Kontrolle, sondern nur ein Controlling. Bei grossen Projekten müssen wir in diesem Bereich zwingend nachbessern.

Um das zu merken, hätte man nicht nach draussen gehen müssen. Die Zwischenlagerung war im Entsorgungskonzept von Marti aufgelistet.

Das stimmt. Wichtig ist aber die Enddestination des Materials, nämlich die Gleisaushub-Waschanlage in Wimmis. Das war eine kantonale Auflage.

Trotzdem: Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dem Vorfall? Auch auf Grossbaustellen müssen Bund und Kanton vermehrt Stichproben machen. Und wenn es Verdachtsmomente gibt, dass sich jemand nicht an die Bewil-

ligung hält, dann müssen wir rigide kontrollieren.

Gilt das auch für die Lötschberg-Baustelle der BLS? Selbstverständlich. Ich habe zudem der Bauherrin zurückgemeldet, dass auch sie mehr Kontrollen durchführen muss. Es ist zwingend, dass Konzepte und Bewilligungen eingehalten werden.

Es gibt aber einen Zielkonflikt: Sie stehen dem Amt für Wasser und Abfall vor und sind als Verkehrsdirektor zugleich für die BLS zuständig, die mehrheitlich dem Kanton gehört. Das funktioniert problemlos. Das Bahnunternehmen BLS gehört zwar mehrheitlich dem Kanton, die Bahninfrastruktur aber dem Bund. Für Bahnbaustellen ist somit der Bund zuständig. Ich persönlich kümmere mich um meine Aufgaben und meine Verantwortung und gehe nicht auf Baustellen, um zu kontrollieren, ob alles seine Ordnung hat.

Aber Sie haben ein Interesse daran, dass die Baustelle im Scheiteltunnel möglichst



In der Fischzucht Blausee kam es seit 2018 immer wieder zu Forellensterben. Foto: Keystone

termingerecht fertig wird, und können solche Zwischenfälle nicht brauchen.

Es geht immer um die Verhältnismässigkeit. Hier handelt es sich um unverschmutzten und schwach verschmutzten Gleisaushub, der falsch behandelt worden ist, nicht um radioaktives Material. Es wird auch nicht gleich jede Baustelle geschlossen, wenn jemand keinen Helm trägt.

Die prominenten Blausee-Besitzer kritisieren, dass die Aufklärung der Affäre viel zu langsam geht. Können Sie das nachvollziehen?

Wenn man selber betroffen ist, kann es nie schnell genug gehen. Das verstehe ich besonders als Tierhalter voll und ganz. Aber noch einmal: Das Fischsterben ist Gegenstand von polizeilichen Ermittlungen im Auftrag der Staatsanwaltschaft. Zu diesem Verfahren äussern wir uns nicht.

Glauben Sie, die Blausee-Besitzer erhofften sich aufgrund ihres Bekanntheitsgrads eine Sonderbehandlung? Das müssen Sie diese Personen

selber fragen. Wir behandeln alle gleich, unesehen von Rang, Name oder Vermögen.

Das AWA sendet auch unterschiedliche Signale aus. 1000 Tonnen Material wurden zurückgebaut. Dann heisst es wieder, vom Altschotter gehe keine Gefahr aus. Das ist schwer nachvollziehbar.

Das verstehe ich. Die Materie ist aber kompliziert. In einer Abbau-

stelle darf kein belastetes Material abgelagert werden. Hier gilt Nulltoleranz. Gleichzeitig kann Altschotter sehr unterschiedlich stark verschmutzt sein. Es ist nicht per se giftiger Abfall.

Die Wasseranalysen der Blausee-Besitzer und die Zehntausenden toter Bioforellen deuten aber auf eine Verschmutzung des Grundwassers hin.



Die Kiesgrube Mitholz wurde in den letzten Wochen mit einer meterhohen Schicht Erde aufgefüllt. Foto: zvg

Lupe nehmen



Dazu kann ich aufgrund des laufenden Verfahrens nichts sagen.

Sie unterstützen aber die Strafanzeige der Blausee AG? Ja, wir sind gegenüber der Öffentlichkeit und allen Betroffenen verpflichtet, der Sache auf den Grund zu gehen.

Noch immer wird der Gleisaushub auf einem Platz

umgeladen, der nicht korrekt entwässert wird. Für dieses Vorgehen wurde eine Ausnahmeregelung schon mehrmals verlängert. Wie lange soll das noch so weitergehen?

Noch bis höchstens Ende September. Spätestens dann müssen die geschlossenen Mulden für den direkten Umlad auf Lastwagen und die entsprechenden neuen Fahrzeuge einsatzbereit sein. Diese zu beschaffen, geht nicht von heute auf morgen. Aus Gründen der Verhältnismässigkeit tolerieren wir den offenen Umlad auf dem Teil der Lagerfläche, der korrekt an die Kanalisation angeschlossen ist, bis dahin.

Und was geschieht, wenn die Lastwagen dann doch nicht bereits sind?

Bei weiteren Verstössen müssen wir zusammen mit dem BAV weitere Schritte einleiten. Das könnte dazu führen, dass diese Baustelle stillgelegt wird.

Welche Schuld trifft in dieser ganzen Sache die BLS als Bauherrin?

Sie trägt eine Mitverantwortung. Doch die grösste Verantwortung für die korrekte Ausführung eines Projekts liegt klar beim Auftragnehmer.

Die BLS rattert von einer Affäre in die nächste. Verlieren Sie nun auch das Vertrauen in die Projektverantwortlichen der Berner Bahngesellschaft? Der BLS-Infrastruktur-Chef geniesst mein volles Vertrauen. BLS Infrastruktur ist eine eigene AG, wird mehrheitlich vom Bund gesteuert. Da besteht kein Zusammenhang zu anderen Themen.

Halten Sie das Gebiet der Kiesgrube nach wie vor für geeignet dafür, wie geplant als Installationsplatz für den Ausbau des Basistunnels und für die Entsorgung der Munitionsabfälle aus dem ehemaligen Militärdepot genutzt zu werden? Diese Beurteilung ist in erster Linie Sache des Bundes. Es gibt verschiedene Ansprüche an das Gebiet. Das erhöht den Druck. Aber das heisst natürlich nicht, dass man dort machen kann, was man will.

«Bei weiteren Verstössen müssen wir zusammen mit dem BAV weitere Schritte einleiten.»



Philipp Hildebrand, Ex-Nationalbankpräsident und Mitbesitzer Blausee AG. Foto: Beat Mathys

«Wir treiben die Strafanzeige mit aller Konsequenz voran»

Umweltskandal Blausee-Mitbesitzer Philipp Hildebrand macht Druck auf die Behörden. Auch die Politik stellt Forderungen.

Die prominenten Besitzer der Blausee AG sind gestern Donnerstag im Berner Kursaal vor die Medien getreten. Globetrotter-CEO André Lüthi und Ex-Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand machten damit klar: Sie stehen voll und ganz hinter ihrem Verwaltungsratspräsidenten Stefan Linder. Zwar überliessen sie ihm und den anwesenden Experten das Wort. Doch auf Nachfrage sagte Philipp Hildebrand: «Wir sind einstimmig zum Schluss gekommen, dass uns keine andere Wahl bleibt, als Strafanzeige einzureichen.» Diese würde man mit «aller Konsequenz» vorantreiben. «Alle drei Eigentümer stehen hinter diesem Beschluss», so der heutige Vizepräsident des Vermögensverwalters Blackrock.

Die Blausee-Besitzer wandten sich an die Öffentlichkeit, nachdem die «Berner Zeitung», das Recherchedesk von Tamedia und die SRF-«Rundschau» am Mittwoch publik gemacht hatten, dass in einer ungeschützten Kiesgrube illegal 1000 Tonnen teils giftiger Gleisaushub aus dem Lötschbergtunnel vergraben worden sind. Gleichzeitig kam es in der Fischzucht Blausee immer wieder zu massiven Forellensterben. Der Gesamtschaden beläuft sich auf zwei Millionen Franken.

Linder, Lüthi und Hildebrand haben den Verdacht, dass die Gifte aus der Kiesgrube für den Tod der Forellen verantwortlich sind. Während die Behörden Fehler zugegeben haben, weist die Steinbruchbetreiberin Vigier die Vorwürfe zurück und sagt, es sei nur unbedenkliches Material in die Grube gelangt.

Offenen Umschlag stoppen

Linder hofft, dass nun Bewegung in die Aufklärung der Affäre kommt. «Uns gegenüber hat man nie zugegeben, dass Material illegal deponiert wurde. Das haben wir erst durch die Recherchen der Medien erfahren», sagt er. Geklärt werden müsse auch die Rolle der Aufsichtsbehörden, sagte Anwalt Rolf P. Steinegger.

Er sprach von einem «systemischen Versagen». «Man kennt sich seit Jahren und muss noch Jahre miteinander zusammenarbeiten.» Da sei es logisch, dass man sich zumindest gegenseitig schone.

Ob dieser Vorwurf zutrifft, muss nun die Berner Staatsanwaltschaft klären. Sie hat schon vor Wochen eine Strafuntersuchung eröffnet.

Wellen schlug der Umweltskandal auch in der Politik. Jürg Grossen zeigt sich «sehr besorgt und schockiert». Der Nationalrat ist Präsident der Grünliberalen und wohnt in Frutigen. Er befürchtet, dass vergiftetes Grundwasser nicht nur in den Blausee und in die dortige Fischzucht gelangt sein könnte, sondern talabwärts auch in das Trinkwasser seiner Gemeinde. «Das muss sofort ganz genau abgeklärt werden», fordert Grossen.

Inakzeptabel ist für ihn, dass im Steinbruch weiterhin Altschotter aus dem Lötschberg ausgeschüttet und umgeladen werden darf. Das Amt für Wasser und Abfall (AWA) hat dies bis Ende September erlaubt. Der für den Umschlag verwendete Platz wird aber nicht korrekt entwässert. Es gibt Befürchtungen, dass Giftstoffe ins Grundwasser versickern könnten. «Dieser offene Umschlag muss sofort gestoppt werden.»

Grüne fordern PUK

Eine Interessenabwägung zugunsten des Weiterbetriebs der Tunnelbaustelle auf Kosten von Mensch und Umwelt sei absolut inakzeptabel. Grossen will auch an die höchste Stelle gelangen.

«Man kennt sich seit Jahren und muss noch Jahre miteinander zusammenarbeiten.»

Rolf P. Steinegger
Anwalt der Blausee AG

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga solle handeln. «Der Fall muss restlos aufgeklärt werden.» Er bereite einen Vorstoss im Nationalrat vor. Auf Kantons-ebene werde Parteikollege Michael Köpfli aktiv.

Die Grünen fordern zudem, dass der Grosse Rat eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einsetzt. Dies ist das weitreichendste Mittel, das dem Kantonsparlament spezielle Rechte gibt. So könne die PUK Personen befragen und die Herausgabe sämtlicher Akten des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung, der Justizverwaltung und der Finanzkontrolle verlangen, erklärt die Präsidentin der Grünen Kanton Bern, Natalie Imboden. Die Ereignisse müssten lückenlos aufgeklärt werden, ebenso die anscheinend fehlerhafte Aufsicht des Kantons sowie die Verantwortlichkeiten der Bauherrin BLS.

Vertrauen wiederherstellen

Für Ernst Wandfluh, SVP-Grossrat aus Kandergrund, hingegen ist zuerst die Geschäftsprüfungskommission (GPK) gefordert, den Fall «lückenlos und glasklar» aufzuklären. Er bereitet dazu einen Vorstoss vor. Wissen will Wandfluh insbesondere, ob nach dem Fischsterben tatsächlich eine Polizeirazzia im Steinbruch kurzfristig abgesagt worden sei wegen angeblich übergeordneter Interessen. «Wenn es so war, was waren das für Gründe, und wer hat dies veranlasst?», fragt Wandfluh. Sollte es um Vertuschung gegangen sein, dann müsste dies personelle Konsequenzen haben.

Um das Trinkwasser in Kandergrund macht sich Wandfluh weniger Sorgen. Denn das werde oberhalb des Steinbruchs gefasst. Aber die Ämter und Behörden müssten das Vertrauen jetzt wiederherstellen. Dieses sei wegen der Affäre um das ehemalige Munitionslager in Mitholz sowieso schon angeschlagen.

Marius Aschwanden,
Catherine Boss, Julian Witschi